

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

19. Oktober 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Angesichts der kritischen Sicherheitslage beschlossen die USA ihre Truppen langsamer als vorgesehen abzuziehen. 2016 sollen 9.800 Soldaten in Afghanistan stationiert sein.

Auch in der vergangenen Woche kam es wieder zu Kämpfen und Anschlägen. So wurden am 19.10.15 heftige Kämpfe im Distrikt Shindand der westafghanischen Provinz Herat gemeldet, wo die Taliban die Distriktshauptstadt angriffen. Auch aus der südlichen Provinz Helmand werden schwere Kämpfe zwischen afghanischen Sicherheitskräften und Taliban gemeldet. Die Taliban starteten koordinierte Angriffe auf Militär- und Polizeiposten. Im Distrikt Ghormach der nördlichen Provinz Faryab griffen Taliban den Sitz der Distriktsverwaltung an. Der Amtssitz des Distriktschefs und das Polizeihauptquartier sollen in Brand gesetzt worden sein. Am 16.10.15 konnte ein Angriff der Taliban auf das Zentrum des Distrikts Dawlat Shah in der östlichen Provinz Laghman abgewehrt werden. Am 14.10.15 soll der Distrikt Chahar Dara in der nordöstlichen Provinz Kunduz durch afghanische Truppen von den Taliban zurückerobert worden sein.

Daneben kam es noch zu gezielten Angriffen, wie der Tötung eines Polizisten bei einem Selbstmordanschlag in Kandahar am 13.10.15 oder der Ermordung einer weiblichen Mitarbeiterin der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) am 12.10.15 ebenfalls in Kandahar.

Berichte über Verbrechen der Taliban in Kunduz

Nach der Eroberung von Kunduz sollen die Taliban systematisch gegen Personen, die sich für Frauenrechte eingesetzt haben, gegen Journalistinnen und Frauen im Staatsdienst vorgegangen sein. Auch Frauenhäuser waren ein Ziel der Taliban. Es gibt Berichte über gezielte Tötungen, Vergewaltigungen und Entführungen.

Entführte GIZ-Mitarbeiterin freigelassen

Die im August 2015 in Kabul entführte Mitarbeiterin der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ist am 17.10.15 wieder freigekommen. Nähere Informationen liegen nicht vor.

Irak

Allgemeine Lage

Derzeit wird von zwei größeren Sicherheitsoperationen der Anti-IS-Kräfte berichtet. Eine in Ramadi (Provinz Anbar), die andere in bzw. bei Baiji (Provinz Salahaddin). Eigenen Angaben zufolge haben die irakischen Sicherheitskräfte gemeinsam mit schiitischen Milizen die Raffinerie in Baiji zurückerobert.

Binnenflüchtlinge

Angaben der International Organization for Migration (IOM) zufolge ist die Zahl der Binnenflüchtlinge, die zwischen Januar 2014 und Ende September 2015 vertrieben wurden, auf über 3,2 Millionen gestiegen. Rund 42 % stammen aus der Provinz Anbar.

Cholera

Landesweit wurden laut Pressemeldung vom 13.10.15 mehr als 1.400 Fälle von Cholera registriert. Die Cholera habe sich auch in der Kurdischen Region ausgebreitet. Die Mehrzahl der Fälle sei in den Flüchtlingscamps festgestellt worden.

Krise in der Region Kurdistan

Die Krise zwischen der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und der Gorran-Partei hat sich laut Pressemeldung vom 13.10.15 verschärft. Der Ministerpräsident der kurdischen Region, Nechirvan Barzani, entließ am 13.10.15 fünf Minister der Gorran-Partei aus der Regierung. Die KDP wirft der Gorran-Partei vor, für Proteste gegen die Regionalregierung, bei denen es zu Ausschreitungen mit mehreren Toten gekommen war, verantwortlich zu sein. Der direkte Anlass der Proteste waren u.a. ausstehende Gehälter.

Syrien

Granatenangriff auf russische Botschaft

Auf dem Gelände der russischen Botschaft in Damaskus schlugen am 13.10.15 zwei Granaten ein. Es gab keine Verletzten oder Schäden am Gebäude. Unter 300 Demonstranten, die sich vor der Botschaft versammelt hatten und die russischen Luftangriffe in Syrien unterstützten, brach Panik aus.

Kämpfe und Geländegewinne der syrischen Armee

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 17.10.15 gelangen der syrischen Armee, unterstützt durch die russische Luftwaffe, Geländegewinne (die Rückeroberung von drei Dörfern) im Kampf gegen die Rebellen bei einer Offensive in der Nähe der Stadt Aleppo. Weitere Kämpfe gebe es im Osten gegen den IS und Rebellen sowie in den nördlichen Provinzen Hama, Idleb und Lattakia, in den von Rebellen kontrollierten Gebieten bei Homs und Damaskus sowie um die südliche Provinz Daraa im Grenzgebiet zu Jordanien.

Extremistenführer durch Luftangriff getötet

Am 15.10.15 wurde der Anführer der mit dem Terrornetzwerk al-Qaida verbündeten Extremistengruppierung Chorasan, Sanafi al-Nasr, bei einem Luftangriff der US-geführten Koalition im Nordwesten Syriens getötet.

Munition für Rebellen/Neues Bündnis

Die USA warfen am 11.10.15 Munition für gemäßigte Rebellen im Norden Syriens ab, um sie in ihrem Kampf gegen den IS zu stärken. Nach Angaben von CNN sollen 50 Tonnen Munition für kleinere Waffen in 112 Paletten abgeworfen und von befreundeten Truppen gesichert worden sein. Die wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den IS sind die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG. Am 12.10.15 riefen die YPG und syrisch-arabische Rebellenmilizen ein neues Bündnis aus, die Demokratischen Kräfte Syriens (auch Syrische Demokratische Streitkräfte oder Democratic Forces of Syria).

USA und Russland einigen sich auf Flugsicherheit in Syrien

Nach Meldungen vom 16.10.15 einigten sich die USA und Russland auf ein Verfahren zur Sicherung der Flugsicherheit in Syrien.

AI wirft Kurden Völkerrechtsverletzungen vor

Amnesty International wirft den Kurden im Norden Syriens in einem Bericht vom 13.10.15 Völkerrechtsverletzungen vor. In dem von der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) kontrollierten Gebiet seien Tausende vertrieben und ganze Dörfer niedergegrissen worden. Das Vorgehen der von der PYD geführten autonomen Verwaltung erfolge häufig aus Vergeltung für vermeintliche Sympathien oder Verbindungen der Menschen zu Mitgliedern des IS oder anderer bewaffneter Gruppen.

Türkei

Identifizierung der Attentäter von Ankara

Nach Angaben der türkischen Regierung vom 15.10.15 konnten die beiden Attentäter des schweren Anschlags in Ankara vom 09.10.15 identifiziert werden. Beide sollen der sog. Adiyaman-Zelle angehört haben, die dem IS zugerechnet wird. Nach Aussage von Ministerpräsident Davutoglu gelte zudem eine vorübergehende Zusammenarbeit mit der PKK als wahrscheinlich. Einer der Attentäter soll der Bruder des Attentäters von Suruc sein, der im Juli 2015 bei einem Selbstmordanschlag über 30 Personen umgebracht hatte. Nach Medienberichten sollen am 14.10.15 die Chefs der Polizei sowie des Geheim- und Sicherheitsdienstes in Ankara suspendiert worden sein, um effektive Untersuchungen der Anschläge zu ermöglichen. Staatspräsident Erdogan hatte zuvor mögliche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden eingeräumt und Sonderermittlungen durch das Präsidialamt angeordnet. Bis zum 16.10.15 nahmen die türkischen Behörden bereits zehn weitere Tatverdächtige fest, von denen einige Verbindungen zum IS und andere zur PKK haben sollen.

EU-Türkei Aktionsplan

Die EU einigte sich am 15.10.15 gemeinsam mit der Türkei im Grundsatz auf einen Aktionsplan. Im Gegenzug zur Verbesserung der Grenzsicherung soll die Türkei finanzielle Unterstützung (mind. 1 Mrd. €) erhalten und eine Beschleunigung im Visa-Liberalisierungsprozess ermöglicht werden. Als nächstes soll eine Lastenteilung für die kommenden Jahre vereinbart werden, wobei auch die EU einen erheblichen Anteil übernehmen könne.

Merkel macht Türkei Zugeständnisse

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel machte der Türkei bei einem Besuch am 18.10.15 weitgehende Zugeständnisse. Bei der Forderung, die Türkei als sicheres Herkunftsland einzustufen, signalisierte sie Gesprächsbereitschaft. Sie versprach, dass ein stärkeres finanzielles Engagement der EU bei der Flüchtlingshilfe nicht an Deutschland scheitern werde. Frau Merkel zeigte sich auch bereit, dem Wunsch nach einer rascheren Liberalisierung bei der Visa-Vergabe nachzukommen und die stockenden Beitrittsverhandlungen mit der EU wieder mit Leben zu erfüllen.

Jemen

Versehentliche Angriffe auf Soldaten

Am 17.10.15 griffen Kampfflugzeuge der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz irrtümlich ein jemenitisches Militärlager in einem Berggebiet nahe der Stadt Tais an, wobei 30 Soldaten getötet und 40 weitere verletzt wurden. In diesem Bereich kämpfen die Soldaten gegen Anhänger des gestürzten Präsidenten Ali Abdullah Saleh, der sich auf die Seite der schiitischen Huthi-Rebellen stellte.

Südsudan

UN-Friedensmission verlängert

Am 09.10.15 verlängerte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Mandat der UN-Friedensmission im Südsudan (UNMISS) bis zum 15.12.15. Dabei wurden die Konfliktparteien dazu aufgerufen, das Friedensabkommen vom September dieses Jahres schnellstmöglich zu implementieren.

Abzug ugandischer Truppen

Am 12.10.15 begannen sich die ugandischen Truppen (UPDF) aus Südsudan zurückzuziehen, wobei dieser Prozess binnen 45 Tagen vollendet sein soll. Dieser Rückzug war eine der Hauptforderungen der südsudanesischen Rebellen im kürzlich verabschiedeten Friedensvertrag. Seit Dezember 2013 wurden die ugandischen Streitkräfte an drei Standorten (Bor, Nesitu und dem internationalen Flughafen Juba) stationiert, um den Präsidenten Salva Kiir zu unterstützen. Als Reaktion auf die von Präsident Kiir per Dekret verfügte Umwandlung des Staatsgebiets in 28 Bundestaaten kündigte der Kommandeur der Rebellen, General Oloni, die Wiederaufnahme der Kämpfe gegen Kiirs Truppen an.

Ägypten

Tote bei Bombenanschlag

Nach Angaben einer ägyptischen Nachrichtenagentur wurden am 14.10.15 in der Stadt al-Arish im Norden des Sinai ein Zivilist und ein Soldat durch eine am Straßenrand deponierte Bombe getötet, sechs Polizisten wurden verletzt. Eine mit dem IS verbundene islamistische Gruppe bekannte sich zu dem Anschlag.

Parlamentswahlen

Etwa 27 Millionen Wahlberechtigte in 14 von 27 Wahlkreisen sind am 18.10.15 und 19.10.15 aufgerufen, die Vertreter des neuen Parlaments zu wählen. Am 22.11.15 und 23.11.15 wird in den übrigen Wahlbezirken abgestimmt. Das offizielle Wahlergebnis soll im Dezember bekannt gegeben werden. Nach dem ersten Wahltag am 18.10.15 war die Wahlbeteiligung jedoch sehr gering. Experten zufolge wird die Parlamentswahl die Machtposition des amtierenden Präsidenten al-Sisi nicht brechen können, da die Mehrheit der angetretenen Parteien den Kurs der Regierung unterstützt.

Tunesien

Befreiungsversuch einer Geisel

Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge seien am 12.10.15 zwei tunesische Soldaten bei Gefechten mit Islamisten in der Bergregion Kasserine (Grenzgebiet zu Algerien) getötet, zwei weitere Soldaten schwer verletzt worden. Die Sicherheitskräfte hätten eine Razzia zur Befreiung einer Geisel durchgeführt. Die islamistische Okba-Ibn-Nafi-Brigade habe erklärt, die Geisel getötet zu haben.

Friedensnobelpreis

Wenige Tage zuvor wurde der Friedensnobelpreis an das tunesische Dialog-Quartett, bestehend aus Gewerkschaften, Vertretern von Handel und Industrie, der Anwaltskammer und der Menschenrechtsliga vergeben. In der Begründung hieß es, das Quartett habe den Dialog unter den tunesischen Bürgern gefördert und es geschafft, einen alternativen, friedlichen politischen Prozess ins Laufen zu bringen, während das Land am Rande eines Bürgerkrieges gestanden sei. Das Nobel-Komitee äußerte die Hoffnung, dass der Nobelpreis dabei helfen werde, den Weg zur Demokratie zu sichern.

Burundi

Tote bei Gewaltausbruch

Bei Feuergefechten in Bujumbura wurden am 13.10.15 nach UN-Angaben neun Zivilisten und zwei Polizisten getötet.

Uganda

Oppositionsführer festgenommen

Oppositionsführer Kizza Besigye wurde am 15.10.15 festgenommen, als er von seinem Haus in Kasangati nahe der Hauptstadt Kampala zu einer Reihe von Veranstaltungen in Ostuganda aufbrechen wollte. Der Sprecher seiner Partei Forum for Democratic Change (FDC), Ssemujju Nganda, wurde am selben Tag ebenfalls verhaftet. Die Behörden bezeichneten die geplanten öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel als illegal, nachdem zuvor nur deren Abhaltung in geschlossenen Räumen genehmigt worden war. Besigye will an den für Februar 2016 geplanten Präsidenten- und Parlamentswahlen teilnehmen. Schon am 10.10.15 unterband die Polizei eine in der westugandischen Stadt Rukungiri geplante Veranstaltung der Opposition gewaltsam. Die Behörden werten Veranstaltungen der Opposition derzeit als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit, weil der offizielle Wahlkampf erst im November beginne. Auch seien einem Polizeisprecher zufolge Besigyees Veranstaltungen illegal, weil die Wahlkommission seine Kandidatur noch

nicht anerkannt habe. Ugandas Polizei wurde in der jüngeren Vergangenheit immer wieder brutales Vorgehen gegen Oppositionelle vorgeworfen.

Guinea

Condé gewinnt Präsidentschaftswahl

Der bisherige Amtsinhaber Alpha Condé hat die Präsidentschaftswahl mit 57,9 % der Stimmen bereits im ersten Durchgang gewonnen. Die Wahlbeteiligung unter den etwa sechs Millionen Stimmberechtigten lag bei rund 68 %. Unter den sieben Gegenkandidaten kam nur Ex-Ministerpräsident Diallo mit 31,4% auf einen hohen Wert. Diallo wies die Ergebnisse als undemokratisch zurück und kündigte Widerstand mit allen legalen Mitteln an. Die EU-Wahlbeobachtungskommission bezeichnete die Wahlen als überwiegend fair und friedlich. Fehlende Wahlzettel und die verzögerte Öffnung von rund zwei Drittel der Wahllokale haben demnach die Wahlergebnisse nicht verfälscht. Es war erst die zweite demokratische Präsidentschaftswahl in Guinea seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1958. Bei den ersten freien Wahlen im Jahr 2010 hatte sich Condé in einer Stichwahl gegen Diallo durchgesetzt.

Guinea-Bissau

Neue Regierung vereidigt

Präsident Jose Mario Vaz vereidigte am 13.10.15 das neue Regierungskabinett unter Ministerpräsident Correia. Vaz hatte die Regierung per Dekret eingesetzt und übernimmt darin vorübergehend die Ressorts für Innere Verwaltung und Ressourcen. Zuvor waren wiederholt Verhandlungen über die Regierungsbildung gescheitert. Guinea-Bissau verfügte seit dem 12.08.15 über keine Regierung, nachdem diese durch das Verfassungsgericht des Landes abgesetzt wurde.

Mali

Überfall im Nordosten

Nach Angaben des malischen Militärs vom 13.10.15 führten mutmaßliche Jihadisten einen Angriff auf einen von den Streitkräften geschützten Konvoi rund 100 km westlich der Stadt Gao durch. Hierbei wurden sechs Zivilisten sowie ein Soldat getötet, zwei weitere Personen wurden verletzt.

Nigeria

Boko Haram: Serie von Selbstmordanschlägen in Maiduguri

Am 16.10.15 forderten Soldaten vier Frauen, die bei dem westlich von Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) gelegenen Vorort Molai in Richtung Innenstadt liefen, auf, stehen zu bleiben. Als diese der Aufforderung nicht nachkamen, schoss das Militär auf eine der Frauen, die daraufhin den bei sich geführten Sprengsatz zündete. Die Explosion verursachte die Zündung der Sprengsätze, die die drei anderen Frauen bei sich führten. Mit den Attentäterinnen starben bei den Explosionen 22 Menschen.

Bereits am 15.10.15 hatten sich in Molai in einer Moschee während des Abendgebets zwei Selbstmordattentäter kurz hintereinander in die Luft gesprengt. Laut Angaben eines Vertreters der Katastrophenschutzbehörde wurden bei dem Anschlag über 30 Menschen getötet.

Am 13.10.15 sprengten sich im Abstand von wenigen Minuten drei Selbstmordattentäterinnen in dem im Außenbereich der Stadt Maiduguri gelegenen Dorf Tuka Tuka, Gebiet Ajilari Cross, in die Luft. Außer den Attentäterinnen wurden bei dem Anschlag laut Polizeiangaben weitere vier Personen, nach anderen Angaben mindestens sieben getötet und 39 verletzt.

Boko Haram: Angriff und Selbstmordanschlag in Adamawa

Am 17.10.15 griffen Bewaffnete im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa das Dorf Dar (Madagali Local Government Area) an. Nachdem viele Bewohner in den Busch geflohen waren, sprengten sich zwei

Selbstmordattäterinnen unter den Geflüchteten in die Luft. Bei dem Überfall starben mindestens zwölf Menschen.

Burkina Faso

Putschisten vor Militärgericht angeklagt

Laut Angaben der Militärjustizbehörde vom 16.10.15 wurde Anklage gegen den Anführer des gescheiterten Putschversuchs von Mitte September 2015, General Gilbert Diendere, u.a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Ferner wurden der frühere Außen- und Sicherheitsminister Djibril Bassole sowie weitere 21 Personen im Zusammenhang mit dem Staatsstreich wegen Mordes, Bedrohung der Sicherheit des Staates und weiterer Verbrechen angeklagt. Bei der Niederschlagung von Protesten der Bevölkerung gegen den Putsch waren von der Präsidentengarde unter Führung von Diendere mindestens elf Menschen getötet und 271 verletzt worden.

Als Termin für die ursprünglich am 11.10.15 vorgesehenen und wegen des Putsches abgesagten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurde von der Regierung nunmehr der 29.11.15 festgesetzt.

Kamerun

Boko Haram: USA entsenden bis zu 300 Soldaten

Die USA verlegen rund 300 Soldaten nach Kamerun. Rund 90 Soldaten wurden bereits am 12.10.15 entsandt; sie sollen zunächst in der nordkamerunischen Stadt Garoua, Region Nord, stationiert werden. Aufgabe der Soldaten ist die Sammlung von Geheimdiensterkenntnissen sowie die Luftaufklärung in der Region. Hierzu stehen ihnen unbewaffnete Drohnen zur Verfügung. Mit den gesammelten Erkenntnissen soll die von Nigeria, Tschad, Kamerun, Niger und Benin zur Bekämpfung der Terrororganisation Boko Haram geplante 8.700 Mann starke multinationale Eingreiftruppe (MJTF) unterstützt werden.

Ukraine

Teilabzug vor Kommunalwahlen

Eine Woche vor den Kommunalwahlen am 25.10.15, die auch als wichtiger Stimmungstest für die prowestliche Führung um Staatspräsident Petro Poroschenko gelten, wollen die Konfliktparteien mit dem Abzug weiterer Waffen die Lage zunehmend beruhigen. Die Regierungseinheiten begannen am 18.10.15 im Raum Donezk mit dem Abtransport zahlreicher Haubitzen und Granatwerfer. Die Separatisten kündigten an, am 21.10.15 mit einem Teilabzug von Kriegsgerät zu beginnen. Zunächst würden gepanzerte Fahrzeuge sowie Artilleriegeschütze mindestens 15 Kilometer von der Front entfernt stationiert. Die Anfang September vereinbarte Feuerpause im Kriegsgebiet Donbass wird insgesamt eingehalten.

Westbalkan

Anhaltender Migrantenstrom auf der Balkanroute nun über Slowenien

Seit Anfang Oktober kommen täglich rund 4.000 Migranten über Mazedonien im südserbischen Presevo an. Viele sind unterkühlt und krank, wollen aber dennoch weiter. Serbien bemüht sich, die Menschen gut zu versorgen. Sie werden weitergeleitet in das Auffanglager Principovac an der Grenze zu Kroatien und von dort in das kroatische Erstaufnahmelager Opatovac. Nachdem Ungarn auch die grüne Grenze zu Kroatien mit einem Zaun abriegelt hat, verläuft die Hauptroute nun von Serbien über Kroatien und Slowenien. Am 17.10.15 kamen fast 3.000 Migranten in Slowenien an, am 18.10.15 wurden tausend Personen mit einem Sonderzug zur Grenze gebracht. Kroatien und Slowenien wollen alle durchreisen lassen, solange Österreich und Deutschland sie aufnehmen.

Kosovo

Tumulte im Parlament und Ausschreitungen wegen Bildung „serbischer Gemeinschaften“

Die Opposition versucht seit Wochen, die Bildung eines serbischen Gemeindeverbandes zu verhindern, der der Minderheit mehr Rechte zugesteht. Angehörige der Opposition hatten Premier Isa Mustafa im Parlament mit Eiern beworfen, es wurden Reifen von Regierungsautos zerstochen und die Parlamentsarbeit blockiert. Zweimal haben Oppositionsabgeordnete im Parlament mit Tränengas versucht, die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes zu verhindern. Das Gesetz wurde dennoch verabschiedet. Als der Oppositionsführer Albin Kurti kurzzeitig verhaftet wurde, kam es am 12.10.15 auch zu gewaltsamen Ausschreitungen auf den Straßen.

Die Gründung „serbischer Gemeinschaften“ ist das Kernstück der unter EU-Vermittlung zustande gekommenen sog. Brüsseler Vereinbarung zur Normalisierung zwischen Serbien und Kosovo (vgl. BN v. 31.08.15). Die Opposition befürchtet, angeführt von der nationalistischen Vetvendosje (Selbstbestimmung), dass eine Autonomie der serbischen Gemeinschaften zur Spaltung des Landes führt. Auch der Widerstand in der Bevölkerung ist groß. Über 200.000 Unterschriften wurden bereits gesammelt. Dahinter steht aber auch die allgemeine Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien und der internationalen Gemeinschaft. Eine Antwort auf die fehlenden Perspektiven war im letzten Winter der kosovarische Massensexodus nach Westeuropa.

Frankreich stuft Kosovo als sicheres Herkunftsland ein

Die französische Flüchtlingsbehörde hat am 09.10.15 Kosovo wieder zu einem sicheren Herkunftsland erklärt. Im Dezember 2014 hatte der französische Staatsrat als oberstes Verwaltungsgericht Kosovo von der Liste gestrichen und das mit der instabilen politischen und sozialen Situation des Landes begründet.

Myanmar

Waffenstillstandsabkommen

Am 15.10.2015 wurde bei einer offiziellen Zeremonie ein Waffenstillstandsvertrag mit den Rebellengruppen Karen National Liberation Army, Karen National Union, Arakan Liberation Party, Chin National Front, Pa-O National Liberation Organisation und der Democratic Karen Benevolent Army unterzeichnet. Acht von 15 Rebellenorganisationen, die zum Teil seit sechs Jahrzehnten für Unabhängigkeit und Autonomie kämpfen, waren bei dem Vertragsabschluss anwesend. Der Unterzeichnung wohnten die diplomatischen Vertreter Chinas, Indiens, Japans, der EU und der Uno bei. Am 08.11.15 finden in Myanmar Parlamentswahlen statt. Zu den bekannten abwesenden Gruppierungen gehörten die Vertreter der United Wa State Army, sie unterhält mit der Regierung einen Waffenstillstand. Noch keine Vereinbarung gibt es mit der Kachin Independence Army. Die im nördlichen Gliedstaat Shan ansässige Ta'ang National Liberation Army hat noch keine Waffenstillstandsvereinbarung akzeptiert. Wegen der unsicheren Lage im Gliedstaat Shan wird in einigen Bezirken am 08.11.15 nicht gewählt.